

Öffentlicher Brief

Duisburg, den 06. Juni 2010

Mitglieder des Rates der Stadt Duisburg  
und  
Herrn Oberbürgermeister Adolf Sauerland  
Burgplatz 1

47051 Duisburg

Amt 62 für Baurecht und Bauberatung  
Untere Denkmalbehörde

Friedrich-Wilhelm-Str.96

47051 Duisburg

per Fax vorab an: 0203-283-4172

Antrag auf vorläufige Unterschutzstellung und Beteiligung, Stellungnahme, Einreden und Forderungen zur Aufstellung der Bebauungspläne (B-Pläne), 1104 Bruckhausen und 1106 Beeck, den Änderungen des Flächennutzungsplanes (FNP) 3.27 Bruckhausen und 3.28 Beeck, sowie gegen das diesen zugrundeliegende Sanierungsverfahren Duisburg-Bruckhausen und -Beeck (Bereich an der Arnold-Overbeck-Straße) mit der Satzung der Stadt Duisburg zur Änderung der Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes (SG) Duisburg-Bruckhausen - Sanierungssatzung Duisburg-Nord und den diesem wiederum zugrundeliegenden Ergebnissen der vorbereitenden Untersuchung sowie der Vorbereitenden Untersuchung selber.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den kommenden Wochen steht die Entscheidung über die Gestaltung des Grüngürtels Duisburg-Nord an, nachdem seit einigen Wochen, mit zweieinhalb Jahren Verspätung, der endgültige Gestaltungsentwurf vorliegt. Einen Eindruck dieses Entwurfs und weiterer Entwürfe erhält man unter [„http://www.duisburg.de/micro/ggn/bilderstrecken/102010100000323523.php“](http://www.duisburg.de/micro/ggn/bilderstrecken/102010100000323523.php)

Wie Sie wissen, handelt es sich um ein 72-Millionen-Euro-Projekt, das erstmalig in der Bundesrepublik Deutschland offiziell in einer sogenannten Partnerschaft der Stadt Duisburg mit einem privaten Investor, der ThyssenKrupp Steel AG, die zu einem multinationalen Stahl- und Rüstungskonzern mit sehr vielen Tochterfirmen gehört, durchgeführt wird. Wir wohnen und arbeiten in dem Projektgebiet und wollen in dem Gebiet bleiben.

Für die eiligen Leser könnte man unseren nachfolgenden Text wie folgt zusammenfassen:

**Stoppen Sie den Abriss und nehmen Sie sich die Zeit, noch einmal in Ruhe über die Sache nachzudenken. Es geht um das Schicksal vieler Menschen, unsere Kultur, die Zukunft eines Stadtteils und um viel Geld. Sie sollten Ihre Entscheidung nach eigener Prüfung des Sachverhalts und nicht im Vertrauen auf andere fällen. Sie sollten sich nicht zu einer Entscheidung drängen lassen, denn es schadet niemandem, wenn die Häuser noch ein paar Monate stehen bleiben. Sie sollten es nicht zulassen, dass Tatsachen geschaffen werden, die Sie zu einer bestimmten Entscheidung zwingen. In diesem Text zeigen wir die Fehler und Probleme der aktuellen Planung auf und schlagen Lösungen vor. Der Grüngürtel ist überdimensioniert, er reduziert den Immissionsschutz, er ist überteuert und er bewirkt eine starke Abwanderung. Durch die Abwanderung ist der Bestand des gesamten Stadtteils Bruckhausen ernsthaft gefährdet. Wir stellen Ihnen Alternativen zu dem aktuellen Grüngürtel-Sanierungskonzept vor. Diese Alternativen bringen Geld in die Stadtkasse und sichern das Überleben der Stahlstadt Bruckhausen nachhaltiger als das aktuelle Konzept. Der Kern unserer Alternativen ist der Schutz des kulturellen Erbes der nachfolgenden Generationen, eine zukunftsorientierte und touristische Umnutzung des Gebietes und ein damit verbundener finanzieller Vorteil für die Stadt Duisburg in Höhe von mehreren Millionen Euro. Dazu stellen wir in diesem Schreiben den Antrag auf vorläufige Unterschutzstellung des Sanierungsgebietes als Denkmalschutzbereich.**

Wir, als Betroffene dieses Projekts, hoffen auf eine knappe Stunde Ihrer Aufmerksamkeit und schreiben Ihnen mit der Bitte, Ihre Einstellung zu diesem Projekt zu überdenken. Bitte geben Sie dieses Schreiben nicht einfach an Ihren Grüngürtelbeauftragten weiter, denn nur so kann man Ihnen keine Fakten vorenthalten.

Einige von Ihnen werden sich vielleicht an unsere Schreiben aus dem Jahr 2007 erinnern. Wir haben bis heute sehr viel über dieses Projekt lernen müssen und versuchen, in diesem Schreiben aus den unüberschaubar vielen Aspekten dieses Projektes die für uns wichtigsten Punkte zusammenzufassen.

Wir bemühen uns um Sachlichkeit, aber haben Sie bitte Verständnis dafür, dass unsere maßlose Enttäuschung über den bisherigen Verfahrensverlauf mit minimalster Betroffenenbeteiligung sich stellenweise doch niederschlägt. Wir fühlen uns von den politisch einflussreichen Gremien und Vertretern im Stich gelassen. Besonders von den Gewerkschaften, den Arbeitern der ThyssenKrupp Steel AG (TKS) und den Umweltschutzorganisationen sind wir enttäuscht, weil man in Bruckhausen immer schon für Arbeiterrechte und Umweltschutz gekämpft hat und gerade dies auch ein Teil der Motivation der Thynosaurier ist, unseren aufsässigen Stadtteil von der Landkarte zu tilgen.

Die Thynosaurier sind einige wenige Aktionäre des ThyssenKrupp-Konzerns, die es mit einem etwas überdurchschnittlichen Anteil an dem Kapital des Konzerns bisher geschafft haben, die Entscheidungen des Unternehmens zu bestimmen und für ihre persönlichen Interessen zu nutzen, indem sie das Geld von Kleinaktionären einsammeln, nachdem sie bei diesen den Eindruck erweckt haben, das Unternehmen würde ihnen einen großen Teil der erwirtschafteten Erträge ausschütten oder sie hätten bei wichtigen Entscheidungen mitzubestimmen und ihre hochbezahlten Manager, die in immer neuen Tochterfirmen immer neue Thynosaurier heranziehen.

Die Thynosaurier haben es mit viel Geld und einer relativ kleinen Gruppe von ca. 20 bis 40 von ihnen geförderten ThySi-IMs geschafft, der Öffentlichkeit und den Ratsmitgliedern der letzten Legislaturperiode vorzumachen, dass es gute Gründe zum Wohl der Allgemeinheit für das jetzige Sanierungsziel und die aktuellen Gestaltungsvorschläge gibt.

Zu den ThySi-IMs gehören diejenigen Mitmenschen, die Ihnen erzählt haben, dass der Grüngürtel Duisburg-Nord gut für Bruckhausen und die Bruckhausener wäre und es besser wissen. ThySi-IMs sind in fast allen politisch einflussreichen Organisationen und Gremien in Duisburg, aber auch in überregionalen Gremien bis hin zur EU anzutreffen und haben durch massive Informationsmanipulation eine Entscheidung für den Grüngürtel erwirkt. Über die Motive der ThySi-IMs können wir nur spekulieren, aber sie werden schon ihre Gründe haben.

Gute Gründe zum Wohl der Allgemeinheit für das jetzige Sanierungsziel und die aktuellen Gestaltungsvorschläge gibt es nicht!

Die ThySi-IMs haben das Vertrauen der Öffentlichkeit und der Ratsmitglieder missbraucht! Man vertraute seit 2007 darauf, dass die Menschen, die man mit der Vorbereitenden Untersuchung zu der geplanten Sanierung beauftragt hatte, diese Aufgabe neutral, gewissenhaft und sorgfältig erledigten. Aber leider haben gerade diese Beauftragten ThySi-IMs als Vorgesetzte oder sind selber welche, so dass die damaligen Ratsmitglieder eine gewissenhafte, neutrale und sorgfältige Vorbereitende Untersuchung nicht erhielten und damit eben eine gewissenhaft, neutral und sorgfältig erstellte Entscheidungsgrundlage nicht hatten. Ganz abgesehen davon, dass die ThyssenKrupp Steel AG die Vorbereitende Untersuchung bezahlt hat und wir daher davon ausgehen, dass sie auch auf die Inhalte und Methoden der Vorbereitenden Untersuchung Einfluss nehmen konnte.

Erschwerend kam damals hinzu, dass der Start des Projektes Grüngürtel in einer stundenlangen Mammutsitzung des Stadtrates entschieden wurde, auf der eine ganze Reihe viel wichtigerer Sachverhalte zu entscheiden waren und den Ratsmitgliedern deshalb kaum Zeit blieb, sich mit dem ungeliebten Stadtteil im Norden ernsthaft zu beschäftigen.

Wir wollen nicht unterstellen, dass einige Ratsmitglieder sich bei ihrer Entscheidung durch die Euro 31.400.000,00 (DS 07-1814) welche von der ThyssenKrupp Steel AG (TK) kurz zuvor überwiesen wurden, beeinflussen ließen. Aber sollte es doch einige beeinflusst haben, dann werden auch diejenigen mittlerweile realisiert haben, dass dieses Geld an das Projekt Grüngürtel gebunden ist und eben nicht für die Stadtkasse verwendbar ist.

Auch die zusätzlichen Euro 36.000.000,00, die von der EU und dem Land NRW kommen sollten, sind an das Projekt gebunden und stehen nicht der Stadtkasse zur Verfügung. Dies gilt natürlich auch für die hohen Zinserträge aus diesem Kapital.

Da die Projektsumme Euro 71.900.000,00 sein soll, ergibt sich eine Differenz von Euro 4.500.000,00. Diese Differenz könnte sich aus dem Sachwert der übereigneten ThyssenKrupp-Immobilien ergeben. Wenn dies so ist, dann müssen auch die städtischen Objekte, die ebenfalls mehrere Millionen wert sind

und die ebenfalls in das Projekt eingebracht werden, in die Projektsumme eingerechnet werden. Ohne deren Einrechnung wird der städtische Anteil an dem Projekt verschleiert.

Aber nicht nur die Einnahmenseite des Projekts ist undurchsichtig, auch die öffentlich bekannte Ausgabenseite weist Lücken auf.

Für das Projekt stehen laut den Begründungen zu den Bebauungsplänen insgesamt Euro 71.900.000,00 zur Verfügung. Davon sollen Euro 13.100.000,00 für Marxloh, Euro 47.000.000,00 für Bruckhausen und Euro 6.000.000,00 für Beeck ausgeben werden. Das ergibt zusammen nur Euro 66.100.000,00.

Wer erhält die restlichen Euro 5.800.000,00?

Die eingeplanten Gelder werden teilweise sehr verschwenderisch ausgegeben. Wie viel Geld bisher verschwendet wurde, wissen wir nicht. Wir wissen aber, dass bisher weniger als Euro 20.000,00 für Nicht-Ruhri-Künstler (ausgebildete Gärtner) ausgegeben wurden, die blaue Punkte an die Häuser im Sanierungsgebiet malten, Euro 12.000,00 für die Bemalung einer Hauswand, die abgerissen werden soll und weitere Euro 20.000,00 für das Bekleben der Häuser mit blauen Gießkannen durch die Punkte-Künstler. Auf die Arbeitsbeschaffung für Bruckhausener durch Sanierungsmittel warten wir noch heute. Nicht Bruckhausener, sondern eine Berliner Firma hat die Sicherungsbarrikaden an den aufgekauften Häusern angebracht, die den Vandalen nicht standhalten. Fenster und Türen zumauern können die Bruckhausener von der Werkkiste sicher besser.

Auch die Dreiteilung des Projektes verursacht unnötige Kosten. Alle drei Teile des Projektes betreffen das historische Bruckhausen (das süd-westliche Marxloh gehörte früher bis zur Weseler Straße zu Bruckhausen), in allen drei Teilen sind dieselben Probleme durch dieselben Ursachen bedingt und man hatte sogar dieselbe Lösung vorgesehen. In allen drei Teilen agiert derselbe Sanierungsträger und dieselbe Sanierungsbehörde. Es wäre also naheliegend, kostengünstiger und effizienter, das Projekt in einem Stück zu bearbeiten, aber man hat ohne Notwendigkeit den Verwaltungsaufwand verdreifacht.

Über die Gründe dafür lässt sich wieder nur spekulieren. Fakt ist, dass man nach der Teilung einen Teil bevorzugte und einen anderen benachteiligte, so dass die bevorzugten Betroffenen nach dem St.-Florians-Prinzip die benachteiligten Betroffenen nicht unterstützten, sondern von den neuen Möglichkeiten in der Nachbarschaft träumten. Die Träume von einem großen Sportplatz, einem Grünflächenverbund oder sogar einem naturnahen Biotop wurden von den ThySi-IMs genau so gezielt lanciert, wie die Träume von großzügigen Entschädigungen bei den betroffenen Eigentümern.

Man teilte nicht nur die Gebiete, sondern auch die Betroffenenengruppen. Eigentümer sollten andere Interessen haben als Mieter, Gewerbetreibende wieder andere. Leider haben die bevorzugten Gebiete und Betroffenen dabei nicht bemerkt, dass man diese Methoden anwendete und dass man diese bereits früher mehrmals erfolgreich eingesetzt hatte. Weil man damit erfolgreich war, wird man sie auch zukünftig wieder einsetzen, so dass demnächst wieder ein Teil der heute noch Bevorzugten zu Benachteiligten wird.

In diesem geschaffenen Durcheinander der Interessen, scheint es bisher nicht aufgefallen zu sein, dass Projektgelder unsinnig verschwendet wurden und wahrscheinlich sogar fehlen.

Resultieren die Fehlbeträge aus den Sanierungsgeldern, die außerhalb des Sanierungsgebietes verwendet wurden? Dienen diese Gelder dazu, vor den Prüfern die mangelhaften Ergebnisse der vorangegangenen Sanierung zu kaschieren?

Wir halten die Verwendung von Sanierungsmitteln des Grüngürtels für andere Projekte und außerhalb des Sanierungsgebietes für illegal, auch wenn es den Anschein hat, als wäre dies durch die Sanierungssatzung gedeckt, denn die Sanierungssatzung entspricht auch in diesem Punkt nicht den gesetzlichen Erfordernissen. Eine Klärung werden die anhängigen Normenkontrollverfahren bringen.

Für die Stadtkasse ist der Grüngürtel in mehrfacher Hinsicht schädlich: Er vertreibt die Bewohner, die Steuern, Abgaben und Gebühren zahlen und auch diejenigen, die zwar keine Steuern zahlen, aber der Stadtkasse nicht unerhebliche Einnahmen aus ihrem Transfereinkommen überlassen. Er vernichtet städtisches und öffentliches Eigentum in Millionenhöhe, darunter viele Steuergelder, die erst vor 15 bis 20 Jahren in den Stadtteil investiert wurden. Er vernichtet sehr viel, sehr günstigen städtischen Wohnraum. Er

verursacht zukünftige Kosten für die Pflege der großen Grünanlage. Er vernichtet ein Gebiet mit hohem touristischem Potential. Er wird zusätzliche Sanierungsgelder für das verbleibende Bruckhausen notwendig machen.

Das alles dient nicht dem Wohl der Allgemeinheit. Trotzdem wird von den ThySi-IMs das Wohl der Allgemeinheit als Grund für die Sanierung angegeben. Es wird behauptet, dass zum Wohl der Allgemeinheit die Industrienahlage entzerrt werden müsse.

Der Begriff Industrienahlage ist nicht definiert. Wenn Sie ihn „googeln“ stoßen Sie nur auf Seiten der Stadt Duisburg. Der Begriff bedeutet nicht mehr, als eine Lage in der Nähe der Industrie aber viele Menschen assoziieren mit diesem Begriff hohe Umweltverschmutzung mit viel Lärm und Gestank. Diese Assoziation wird von den ThySi-IMs und der Presse häufig noch verstärkt, aber sie entspricht nicht der Realität. Die Realität ist ein vernachlässigtes Gebiet, das an das Gebiet des Hamborner Hüttenwerks angrenzt.

Es ist erstaunlich, dass die Umgebung des angeblich größten Stahlwerks Europas so vernachlässigt ist. Man würde eigentlich vermuten, dass ein solches Werk Wohlstand in seiner Umgebung bewirkt und nicht vernachlässigte Grünflächen und Gebäude. Aber das vernachlässigte Gebiet ist wesentlich schöner und in einem besseren Zustand, als es die ThySi-IMs glauben machen wollen.

Prüfen Sie mit Hilfe von Satellitenbildern im Internet, wie Bruckhausen und die sogenannte Industrienahlage des Sanierungsgebietes tatsächlich aussieht. Da es bis heute im Internet keine Dokumentation des Sanierungsgebietes durch den Sanierungsträger oder die Sanierungsbehörde gibt, haben wir unter der Internetadresse [www.gruenguertel.info](http://www.gruenguertel.info) eine umfassende Fotodokumentation des Sanierungsgebietes erstellt. Anhand dieser Fotos oder bei einem realen Besuch können Sie schnell erkennen, dass sich heute die Lage in der Nähe der Industrie im Alltag kaum auswirkt.

Das war früher anders und es ist unbestritten, dass die August-Thyssen-Hütte (ATH) des ThyssenKrupp-Konzerns an der westlichen Seite der Kaiser-Wilhelm-Straße der Grund für den Zustand der Häuser an der östlichen Seite der Kaiser-Wilhelm-Straße ist. Der Anblick und bei West- bzw. Südwest-Winden der Lärm, der Gestank und die giftige Luft waren nicht geeignet, Mieter anzulocken. Man erhält heute noch einen Eindruck davon, wie es damals gewesen sein muss, wenn diese Belastungen von Zeit zu Zeit auch heute noch auftreten. Bruckhausen ist aber laut den permanenten Messungen des LANUV, Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen seit langer Zeit knapp innerhalb der zulässigen Grenzwerte, wie man unter <http://www.lanuv.nrw.de/luft/temes/heut/DUBR.htm#jetzt> nachlesen kann.

In Bruckhausen ist es schwierig, die Grenzwerte einzuhalten, weil sich zu den Belastungen aus den Schornsteinen der Hütte noch die Belastungen aus bodennahen Quellen im Hüttenwerk, wie beispielsweise Schachtföfen, offenliegenden Aufschüttungen, alten Dieselloks und LKWs, addieren, denn das Hüttenwerk ist aus der Umweltzone ausgenommen worden und dort dürfen auch uralte Maschinen noch lärmern und Ruß und Dreck in die Luft spucken. Sobald im Hüttenwerk dieselben Regelungen wie in der unmittelbar benachbarten Umweltzone gelten, ist die Bruckhausener Luft genauso gut wie die im Rest Duisburgs.

**Das Sanierungsgebiet und Bruckhausen leiden, bis auf einen bestimmten Bereich nicht mehr unter den Belastungen aus dem Hamborner Stahlwerk, als der Rest Duisburgs, weil sie durch eine sehr effektive Barriere vor diesen bodennahen Belastungen geschützt sind.**

**Diese effektive Barriere ist die Bebauung an der Kaiser-Wilhelm-Straße und der Straße Kringelkamp.**

Sie ist gleichzeitig der Bereich mit den erhöhten Belastungen. Deswegen ist dort die Industrie-Nahlage tatsächlich ein Problem. Dort kann man nicht ungestört wohnen. Wenn man sich in seiner Wohnung aufhält, will man überwiegend ungestört und auch mit geöffneten Fenstern seinen privaten Dingen nachgehen. Dabei sind zeitweise auftretender Lärm, Gestank und verpestete Luft belästigend. Daher muss man für diesen Bereich Lösungen finden, die einerseits die Barriere, also den Schutz der östlich der Kaiser-Wilhelm-Straße liegenden Bereiche aufrecht erhalten oder verbessern und andererseits eine kostengünstige sowie nachhaltige Nutzung dieses Bereichs ermöglichen. Solche Lösungen würden tatsächlich dem Wohl der Allgemeinheit dienen, da Bruckhausen und damit die Millionen von Euro, die

bisher investiert wurden, nachhaltig gesichert wären.

Die Bebauung an der Kaiser-Wilhelm-Straße und Kringelkamp verschafft dem restlichen Bruckhausen bereits heute Wohnflächen in einer ruhigen Umgebung mit normal belasteter Luft. Die Gebäude sind wesentlich vielseitiger nutzbar und benötigen weniger Grundfläche um eine belastungsreduzierende Höhe zu erreichen, als die bisherigen Grüngürtelentwürfe.

Diese durchschnittlich 16 m hohe, vorhandene, effektive Barriere soll jetzt abgerissen und durch einen 6 m hohen Wall mit leicht ansteigenden Hängen (Landschaftsbauwerk) ersetzt werden. Dadurch wird der Schutz des restlichen Bruckhausens und auch der neuen Grünfläche vor den Emissionen aus dem Hüttenwerk drastisch reduziert.

Die Häuser verdecken heute noch die Sicht auf weite Teile des Hüttenwerks für das restliche Bruckhausen und erhöhen dadurch die Wohnqualität.

Der geplante 6 m hohe Wall wird für weite Teile Bruckhausens die Sicht auf die Anlagen des Hüttenwerks freigeben, die Belastung durch Lärm, Gestank und Luftverschmutzung erhöhen und damit die Wohnqualität reduzieren.

Tatsächlich erreicht man damit, dass sich die Faktoren, die zum Zustand der Häuser an der Kaiser-Wilhelm-Straße geführt haben, zukünftig auch auf das restliche Bruckhausen negativ auswirken.

Es ist daher wesentlich kostengünstiger und nachhaltig positiver für die Stadtentwicklung in Bruckhausen, wenn die Häuser an der Kaiser-Wilhelm-Straße und der Straße Kringelkamp bestehen bleiben, ihre Fassaden begrünt werden, Schallschutzfenster eingebaut werden und sie größtenteils in Büro-, Atelier-, Gewerbe- oder Ausstellungsflächen umgenutzt werden.

Dazu muss der Flächennutzungsplan nicht geändert werden, ein Bebauungsplan ist nicht notwendig und es ist sogar mit dem Denkmalschutz vereinbar, weil die meisten dieser Häuser ohnehin immer schon gewerblich genutzt wurden.

So bliebe auch die Straßenbahn für die Bruckhausener leicht erreichbar und die Kaiser-Wilhelm-Straße könnte sich wieder in eine belebte Einkaufsstraße verwandeln.

Anschließend entkernt man die Hinterhöfe und legt dort hochwertige Grünflächen mit einem niedrigen Landschaftsbauwerk an.

**Wir schlagen vor, das Sanierungsgebiet nicht in einer Flächensanierung abzureißen, sondern die Bebauung weitgehend zu erhalten, sie kleinteilig aufzulockern und anschließend das ganze Sanierungsgebiet unter Denkmalschutz zu stellen. Die bestehenden und die neu geschaffenen Freiräume sollen durch ein niedriges Landschaftsbauwerk (LBW) verbunden und zu attraktiven, parkähnlichen Flächen für die Freizeitgestaltung werden. Die Fassaden der Häuser sollen saniert und gedämmt werden.**

Laut Sanierungssatzung soll das Landschaftsbauwerk vor dem Lärm von der Kaiser-Wilhelm-Straße schützen, aber jedem Laien ist sofort klar, dass die heutige Bebauung wesentlich besser vor diesem Lärm schützt, weil sie höher ist.

Ein höheres Landschaftsbauwerk (LBW), als das geplante 6 m hohe LBW, kann man in Bruckhausen nicht errichten, da die hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass der Druck seines Gewichtes im Untergrund zu Bergschäden wie Tagesbruch mit unkalkulierbaren Folgen führen kann. Im Bereich des Parks am Kringelkamp sind heute schon Bodensenkungen zu beobachten.

Wegen der Gefahr von unkontrollierbaren Bergschäden durch die Veränderung der Bodenbelastung fordern wir, ein niedrigeres LBW, als das geplante zu errichten.

Ein LBW, das niedriger als die aktuelle Bebauung wäre, würde den Schutz Bruckhausens vor Lärm und Feinstaub noch weiter reduzieren. Damit wäre die lärm-mindernde Wirkung des LBW überhaupt nicht mehr ausreichend.

Das LBW kann daher nur zusammen mit der aktuellen Bebauung auf der Kaiser-Wilhelm-Straße und der Straße Kringelkamp effektiv den Lärm reduzieren. Das gilt auch für ein 6 m hohes Landschaftsbauwerk.

Die Kosten für unseren Sanierungs-Gestaltungsvorschlag werden wesentlich geringer sein, als die Kosten für die aktuellen Gestaltungsvorschläge.

Nach Angaben der Sanierungsbehörde in einer Sanierungsbeiratssitzung sind bisher für den Ankauf von Häusern ca. Euro 9.000.000,00 ausgegeben worden. Unter Berücksichtigung der mindestens möglichen Zinserträge von 2% p.a. der vergangenen 30 Monate (ca. Euro 3.600.000,00) und der „kleineren“ Ausgaben, sollten immer noch ca. Euro 60.000.000,00 vorhanden sein. In dem Sanierungsgebiet sind ca. 200 Häuser vorhanden.

Die Bebauung im Sanierungsgebiet ist nicht in einem ansehnlichen Zustand, aber sie wird mit durchschnittlich Euro 100.000,00 pro Gebäude wieder vollständig saniert werden können.

**Wenn man jedes Haus mit ca. Euro 100.000,00 (Dach € 30.000,00, Bäder € 30.000,00, Fenster € 10.000,00, Fassade € 10.000,00, Wärmedämmung € 20.000,00) sanieren würde, würde man Euro 20.000.000,00 benötigen.**

Dies ist auch mit den bisher ausgegebenen Summen weniger als der Steueranteil an den Sanierungsmitteln. Der für die Landesmittel notwendige städtische Eigenanteil ist durch die eingebrachte Infrastruktur, die Gebäude, die bereits vor der Sanierungssatzungsänderung im Eigentum der Stadt waren und den Personalaufwand darstellbar.

Die durch die Sanierungsmittel und Steuervergünstigungen möglichen, niedrigen Mieten können dazu genutzt werden, gezielt Firmenneugründungen im Zusammenhang mit regenerativen Energien, Carbon-Leichtbau, Nanotechnologie u.a. und Kulturschaffende zu fördern.

Nutzt man zusätzlich die Euro 31.400.000,00 des ThyssenKrupp-Konzerns, hätte man noch Euro 40.000.000,00 für andere Sanierungsmaßnahmen wie Solarenergieanlagen, einer Abwasser-Biogas-Anlage, Dachbegrünung und Fassadenbegrünung verfügbar.

**Wir schlagen vor, ein zukunftsweisendes Carbon-Center Bruckhausen in einem historischen Montan-Stadtteil zu schaffen.**

Viele der Häuser sind in einem guten Zustand und werden keine € 100.000,00 benötigen. Die so gesparte Summe aus den Euro 20.000.000,00 kann man dann zur Sanierung der Häuser mit schlechterem Bauzustand verwenden. Sie könnten so natürlich auch Sanierungsmittel sparen.

Zusammen mit guter Öffentlichkeitsarbeit kann man auf diese Art kostengünstig eine wirklich nachhaltige Sanierung Bruckhausens erreichen und kann die alteingesessenen Beecker und Bruckhausener in ihren Wohnungen wohnen lassen.

Wir halten das für eine lohnende Investition, weil so wertvoller, aber kostengünstiger Wohnraum sozialverträglich erhalten bzw. geschaffen wird, das Sanierungsgebiet und der Stadtteil Bruckhausen nachhaltig saniert wird und die Möglichkeit gegeben ist, arbeitsmarktpolitische sowie kulturelle Impulse zu geben.

Dieses Konzept wird sogar zu einem echten Profitgeschäft mit überdurchschnittlicher Rendite, wenn das Sanierungsgebiet unter Denkmalschutz gestellt wird.

Das Gebiet ist von dem Sanierungsträger weitgehend leergezogen worden und fast alle Häuser gehören der Sanierungsbehörde, daher kann die Stadtkasse von der Unterschutzstellung mehr als von der Grünfläche profitieren.

Durch die Unterschutzstellung des Sanierungsgebietes, würden die Instandsetzungs-Investitionen in die dortigen Gebäude, zu einem Großteil von der Steuerschuld der Eigentümer absetzbar sein. Laut der Denkmalschutzwerbung im Internet sind **bis zu 90% des Kaufpreises steuerlich absetzbar und**

**bis zu 100% der Werbungskosten können innerhalb von 12 Jahren abgeschrieben werden.**

**Es wäre für die steuerzahlenden Eigentümer eine Nachsteuerrendite von ca. 8% p.a. möglich.**

**Und das bei einem derzeitigen durchschnittlichen Hypothekenzins von 4% und Anlagezins von 2%.**

**Die Gewinne sind 10 Jahre steuerfrei und unterliegen nicht der Abgeltungssteuer.**

Selbst wenn Sie auf die heute noch künstlich gedrückten Immobilienpreisen in Bruckhausen nur einen Aufschlag von 20% nehmen würden, also Euro 2.000.000,00 Einnahmen hätten, wären die Immobilien immer noch sehr günstig. Es entstünde ein sehr starker Anreiz für Investoren, die Häuser zu erwerben und zu renovieren.

**Alternativ dazu können Sie allein mit dem staatlichen Anteil der vorhandenen Sanierungsmittel und dem städtischen Eigenanteil die Sanierung der Gebäude selber durchführen, zusätzliche Denkmalschutzförderungen in Anspruch nehmen und den Wohnraum und Gewerbeflächen günstig den Betrieben und Bürgern zur Verfügung stellen, die Sie fördern wollen.**

**Eine frisch sanierte Stahl-Stadt in der historisch bedingten Nähe zu einem produzierenden Stahlwerk wird ein weiteres Highlight des Industrietourismus auf der Route Industriekultur.**

Durch die denkmalgeschützten, renovierten Gründerzeithäuser wird Bruckhausen als die typische Montanstadt und eine Geburtsstätte der späteren SPD, Gewerkschaften, Umweltschutzbewegung und damit unserer Bundesrepublik zu einer touristischen Attraktion werden.

**Die touristische Anziehungskraft würde weiter gesteigert, wenn man die historische Straßenbahnstrecke von Bruckhausen durch den Matenatunnel bis zum Naherholungsgebiet Alsumer Berg wiederbelebt. Es wird einen ähnlichen touristischen Effekt wie bei den cable-cars in San Franzisko geben. Dieses Projekt könnte man mit den TK-Anteil an den Sanierungsmitteln finanzieren.**

**Dadurch hätte die Stadtkasse, neben den touristischen Einnahmen und der sich kostenlos ergebenden guten Publicity, wieder Einnahmen aus den Grundbesitzabgaben und den anderen Abgaben, welche von den Bewohnern gezahlt werden.**

**Sie würden mit den Gebäuden, die Sie behalten, ein Sondervermögen schaffen, das zur Ausweitung des städtischen Kreditrahmens genutzt werden kann. Zur Verwaltung des Sondervermögens könnten Sie zusätzlich Arbeitsplätze schaffen.**

Aufgrund der sehr guten Renditemöglichkeiten, könnten dann die Investoren ihre modern renovierten Wohnungen in wunderschönen Gründerzeithäusern unterhalb marktüblicher Mieten anbieten und sich daher die Mieter aussuchen. Man könnte entsprechende Klauseln in die Kaufverträge aufnehmen.

Das würde zu einer verstärkten Ansiedlung solider, einkommensstärkerer Haushalte führen. Und gerade diese Menschen, die sich dann in den Häusern ansiedeln, werden die Duisburger Zukunft gemeinsam mit den Zuwanderern gestalten können. Bruckhausen könnte so zu einem Modellprojekt für die Integration von Migranten in einer europäischen Gesellschaft werden.

Das Grüngürtelkonzept sieht die Schaffung eines großen Gewerbebereichs auf der Friedrich-Ebert-Straße und der Arnold-Overbeck-Straße vor. Der Bedarf an diesen Flächen kann durch eine entsprechende Gestaltung der Gebäude und Höfe für die Kaiser-Wilhelm-Straße genutzt werden.

Die Bewohner an der Friedrich-Ebert-Straße und der Arnold-Overbeck-Straße können in ihren günstigen Wohnungen mit Parklage bleiben.

Die Gebäude an der Kaiser-Wilhelm-Straße wurden größtenteils immer schon gewerblich genutzt und sind durch die Straßenbahn sehr gut erreichbar.

Die Bebauung an der Kaiser-Wilhelm-Straße eignet sich auch aus einem anderen Grund sehr gut für

Gewerbetreibende und Kulturschaffende: Bewohner des Ruhrgebiets kennen die aktivierende, kräftigende und stimulierende Wirkung der permanenten Aktivität auf der Hütte. Hier könnten neben Startup-Firmen, die durch günstige Mieten gefördert würden, besonders auch Kulturschaffende arbeiten. So würde unsere Industriekultur in deren Werken ihre Fortsetzung finden. Die Kosten für die Sanierung der Gebäude und die günstigen Mieten würden sich auch aufgrund anderer staatlicher Förderungen für Denkmalschutz leicht wieder einspielen, wenn man das Sanierungsgebiet als Denkmalschutzbereich ausweist.

**Mit dem Begriff Industrienahtlage wird ein weiteres Vorurteil als Argument ausgegeben. Es wird impliziert, dass die Industrienahtlage Bruckhausens Arbeitsplätze im Bruckhausener bzw. Hamborner Hüttenwerk des ThyssenKrupp-Konzerns gefährdet, weil betroffene Anwohner gegen die Belastungen klagen könnten. Das mag zwar theoretisch so sein, entspricht aber nicht der Realität. Nicht ein einziger Arbeitsplatz ist wegen Bürgerbeschwerden über Luftverschmutzung oder Lärm abgeschafft worden.**

Tausende Arbeitsplätze sind im letzten Jahr abgeschafft worden, damit die Aktionäre weiter Dividende kassieren konnten und so die Machtposition der Thynsaurier vorerst aufrechterhalten wurde. Da hat es auch nicht geholfen, dass wenige Monate zuvor der neue Hochofen 8 in Betrieb genommen werden konnte, obwohl dieser viele tausend Arbeitsplätze sichern sollte. Leider hat niemand bei der Genehmigung darauf geachtet, dass eine Arbeitsplatzsicherungszusage zur Bedingung für die Genehmigung gemacht wurde.

Es gibt nur einen schwachen Zusammenhang zwischen Arbeitsplätzen und der Erfüllung gesetzlicher Umweltschutzaufgaben, weil die Umweltschutzmaßnahmen häufig auch eine Energieersparnis und/oder eine Produktivitätssteigerung der Anlagen bewirken.

Umweltschutzmaßnahmen wirken sich so schwach auf den Profit der August-Thyssen-Hütte (ATH) der TK aus, dass es mitten in der Wirtschaftskrise, wirtschaftlich war, die Sinteranlage der ATH so umzurüsten, dass sie die gesetzlichen Umweltschutzanforderungen übertrifft. Da auch die Hochöfen 8 und 9 die gesetzlichen Umweltauflagen übertreffen, müssten aktuell nur noch die bodennahen Emissionsquellen eingedämmt werden und Bruckhausen wird eine sogar den neuen EU-Vorschriften genügende Luftqualität haben. Dazu sind die Bezirksregierung Düsseldorf und der ThyssenKrupp-Konzern gesetzlich verpflichtet.

Beide sollen seit Jahren mit einem Immissionsschutzwall westlich der Kaiser-Wilhelm-Straße auf dem Gelände der ehemaligen Zentralkokerei August Thyssen, welcher in der Sanierungsplanung bis zum 10.12.2007 noch fest eingeplant war, eine zusätzliche Barriere zum Schutz der Gebäude an der östlichen Seite der Kaiser-Wilhelm-Straße schaffen.

Wir schlagen vor, den Immissionsschutzwall so zu gestalten, dass er Ausblicke auf die feuerspeienden Schornsteine der Hütte ermöglicht, denn dann bliebe die Einmaligkeit von Bruckhausen und damit die kräftigende und aktivierende Wirkung dieses Anblicks erhalten.

Es gibt allerdings einen starken Zusammenhang zwischen Betriebsverlagerungen ins Ausland und Arbeitsplätzen. Wenn man mit chinesischen Zulieferern, denen man vor wenigen Jahren ein gigantisches Stahlwerk errichtet hat ([http://www.welt.de/print-welt/article645639/Krupp\\_baut\\_Stahlwerk\\_in\\_China.html](http://www.welt.de/print-welt/article645639/Krupp_baut_Stahlwerk_in_China.html)) ein weiteres gigantisches Werk in Sepetiba, Brasilien (<http://www.gegenstromberlin.net/2010/01/25/deutscher-stahl-und-deutsches-geld/>) errichtet und auch dort die Bewohner vertreibt um von dort aus den gesamten NAFTA-Raum zu beliefern, der aktuell von Bruckhausen beliefert wird, dann gefährdet das massiv Arbeitsplätze in Duisburg.

Auch der Abstandserlass des Bundesumweltministeriums ist nur ein vorgeschobenes Hindernis für den reibungslosen Betrieb der Hütte. Tatsächlich konnte man den Hochofen 8 wenige hundert Meter neben dem Kindergarten Kronstraße errichten und in Betrieb nehmen, obwohl dies eindeutig gegen den Abstandserlass verstößt.

Auf Satellitenfotos im Internet hat es den Anschein, dass es gar nicht notwendig war, den neuen Hochofen 8 so nah am Rand des gigantischen Industriegebietes zu errichten. Im Inneren des Industriegebietes war genug Fläche für den Hochofen vorhanden. Wir halten dies für ein Indiz dafür, dass es den Thynsauriern neben einem repräsentativen Vorgarten und einer wirtschaftlichen Produktion, immer auch um eine

räumliche Expansion und die Vertreibung der Bewohner geht.

Die Lage des neuen Hochofens wirkt sich auch negativ auf die Wohngebäude von Beeck aus, weil er, seit die davorstehende Gründerzeit-Bebauung in 2009 abgerissen wurde, das Stadtbild dominiert, wenn man auf der Friedrich-Ebert-Straße nordwärts blickt. Und auch in Beeck gibt es ähnliche Probleme wie in Bruckhausen. Auch in Beeck tragen die Publikationen von EGDU und dem von ihr finanziell abhängigen Runden Tisch zum schlechten Image bei und schrecken damit potentielle Investoren ab. Es besteht die Gefahr, dass sich Beeck ähnlich wie Bruckhausen entwickelt.

Der Grüngürtel vertreibt die Bewohner mit der Folge, dass zukünftige Werksanlagen noch näher an dem bisherigen Rand des Industriegeländes errichtet werden könnten. Insbesondere wenn der Grüngürtel bald genauso verkommt, wie der Park am Kringelkamp oder die Flächen am Matenatunnel, deren Bebauung bereits vor Jahren wegsaniert wurde, dann stört es niemanden mehr, sobald auch dort Nebenanlagen wie Pumpen oder Leitungen für das Werk auftauchen. Aber werden diese Zusatzflächen tatsächlich von dem ThyssenKrupp-Konzern benötigt?

Tatsächlich sind die Kosten für die räumliche Expansion nachteilig für die zukünftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Konzerns. Sie sind unwirtschaftliche Ausgaben, da auf dem Werksgelände heute bereits viele Brachflächen vorhanden sind und in der Zukunft aufgrund nicht vorhandener lokaler Eisenerzvorkommen, eingestellter lokaler Kohleförderung, steigender Rohstoffkosten, steigender Kosten für Öl und Gas zur Anlagenbefuerung, steigender Transportkosten für Rohstoffe, Halbzeuge und Fertigprodukte, sinkender Nachfrage durch kaum wachsende Volkswirtschaften in Europa und der Zunahme von Ersatzwerkstoffen für Stahl sowie der preiswerteren Konkurrenz aus Billiglohnländern, wie China und Brasilien mit Sepetiba, eine Ausweitung der Produktion im Werk nicht stattfinden wird.

Gleichgültig, unter welchem Gesichtspunkt man den Grüngürtel Duisburg Nord, so wie er aktuell geplant ist, auch betrachtet, ist er am Ende nichts anderes als ein repräsentativer Vorgarten für die Verwaltung der August-Thyssen-Hütte in Bruckhausen (Duisburg-Hamborn).

Es geht also letztendlich nur um Prestige, eine Machtdemonstration und den Stolz der Thynosaurier, deren Macht in Deutschland durch den Strukturwandel schwächer wird, den sie selber durch Produktionsanlagenexport, Arbeitsplatzexport und Wissensexport in Billiglohnländer verursacht haben.

Das würde sich ändern, wenn durch kriegerische oder aufständische Ereignisse der Bedarf an Stahl und Waffen wieder steigen würde, dann wären die unvorstellbar hohen Einnahmen der Thynosaurier wieder gesichert.

Aber in Friedenszeiten sichern nur kreative Ideen, mit denen die Produktion effizient, ökologisch und zum Einkommenserwerb großer Bevölkerungsteile gestaltet wird und ein effektiver Schutz dieser Ideen durch die Politik, nachhaltig die Zukunft.

Der Strukturwandel ist da und Duisburg muss sich ihm stellen, auch wenn sich für viele politische Entscheidungsträger dabei ihr althergebrachtes und liebgewonnenes soziales Umfeld verändert. Ihre Aufgabe ist es, der Vormachtstellung der Thynosaurier Grenzen zu ziehen, damit sich neue Unternehmen bilden können. Es nutzt nichts, wenn die alten Montanriesen ihre Abteilungen in immer neue Tochtergesellschaften mit modern klingenden Namen ausgliedern, weil sie ihre verkrusteten, hierarchischen Strukturen nicht aufbrechen können. Die alten Montanriesen haben mit dem Grüngürtelprojekt wieder einmal bewiesen, dass sie zwar die Macht haben, aber eben nicht die Innovationskraft und Phantasie, die zur Bewältigung der Zukunftsaufgaben notwendig ist.

Nachdem Oil-Peak bereits überschritten ist, wird unsere Kohle immer wertvoller. Das einzige was den Montanriesen dazu einfällt, sind neue Kohlekraftwerke, die unsere wertvolle Kohle durch den Schornstein jagen. Stattdessen sollten sie durch den Ausbau des Strom-Leitungsnetzes und viele kleine Kraftwerke dafür sorgen, dass der Energiebedarf durch regenerative Energien gedeckt werden kann, die Kohle von Maschinen abbauen lassen, Zukunftstechnologien, wie Energieeinsparung, Recycling, Karbon-Leichtbau, Kohle-Chemie, Nanotechnologie (Kohlenstoffbasis) ausbauen und einen Teil der Gewinne über eine Vermögens- und Maschinensteuer dem Wohl der Allgemeinheit zur Verfügung stellen.

Wenn Sie die räumliche Expansion des ThyssenKrupp-Konzerns für legitim halten, weil Sie diese als eine

**Voraussetzung für weiteres wirtschaftliches Wachstum betrachten, dann ist nicht verständlich, warum die Stadt Duisburg ein Drittel eines Stadtteils mit hervorragender Infrastruktur und Verkehrsanbindung aufgeben will, der neben dem Gelände und den millionenteuren, öffentlichen Investitionen in Infrastruktur und Gebäude bis zur Entscheidung für die Grüngürtelpläne Bevölkerungswachstum hatte, also Voraussetzungen für das wirtschaftliche Wachstum der Stadt Duisburg lieferte.**

Dass die Expansion auf Kosten Anderer die Grundlage des Konzerns war, zeigt die Geschichte. Es ist nicht im Interesse der Allgemeinheit in erster Linie die Größe des Konzerns für zukünftige Generationen erlebbar zu machen. Die Lebensumstände der „kleinen“ Leute, der Arbeiter, Handwerker und Ladenbesitzer erlebbar zu halten, ist im Interesse der Allgemeinheit, weil diese größtenteils Nachfahren der „kleinen“ Leute waren und sein werden.

Die Thyinosaurier und ihre ThySi-IMs sind der Auffassung, dass die gesamte wirtschaftliche Entwicklung unseres Stadtteils inklusive der errichteten Gebäude, allein der Familie Thyssen zu verdanken ist und dass daher nur die Zeugnisse des Wirkens dieser Familie und ihrer ThySi-IMs erhaltenswert sind. Hierbei wird übersehen, dass die Familie Thyssen mit all ihrem Geld und ihrer Arbeitsleistung nichts zustande gebracht hätte, wenn nicht tausende Arbeiter die gesamte wirtschaftliche Entwicklung für Hungerlöhne erarbeitet hätten.

Es ist eine Geschichtsverfälschung, dass es in Duisburg Denkmalschutz für Industriellenvillen, Konzernverwaltungsgebäude, Industrieanlagen und die ehemaligen Arbeiterkolonien des Konzerns gibt, aber ganze Wohnviertel der freien Arbeiter, Handwerker und Händler abgerissen wurden und jetzt wieder abgerissen werden sollen.

Auch die Geschichtshefte der EGDU vermitteln kein historisch korrektes Bild von Bruckhausen. Sie berichten ausführlich über die Geschichte des Konzerns statt über die Geschichte der Bevölkerung.

Wir können die Gründe für einen so ausgeprägten Wunsch die Geschichtsschreibung zu manipulieren nicht nachvollziehen und befürchten, dass dabei die Bedeutung unserer demokratischen Wurzeln, die in der Revolution der Arbeiter und Soldaten gegen den preußischen Adel liegen, verblasst und die Konzernmacht verherrlicht wird.

Die Ausgestaltung des Grüngürtels ist ein weiterer Schritt der Geschichtsverfälschung. Auch jetzt sollen im Sanierungsgebiet mehrheitlich Konzernhäuser stehenbleiben mit der Folge, dass für spätere Generationen der Eindruck entsteht, dass die Gebäude in Bruckhausen fast vollständig von der Hütte errichtet wurden.

Den kulturellen Wert des Sanierungsgebietes hat man bei den Vorbereitenden Untersuchungen verschwiegen und man hat ihn nicht ausreichend bei der Abwägung berücksichtigt.

Das gesamte Sanierungsgebiet ist als Denkmalschutzbereich denkmalwert. Dies ist bei den bisherigen Verfahren nicht ausreichend gewürdigt worden.

Leider bemühen sich die ThySi-IMs seit langer Zeit, den Denkmalwert soweit wie möglich zu beschädigen, bevor er allgemein erkannt wird.

Damit werden für zukünftige Generationen die Orte, Gebäude und Dinge verloren gehen, an denen Teile unserer demokratischen Geschichte anschaulich gemacht werden können. Ohne das Wissen über unsere demokratische Geschichte, ist es nicht möglich, die Ursachen für unsere heutigen Lebensumstände zu verstehen und aus beidem Tendenzen für die zukünftige Entwicklung zu erkennen. Dies ist aber eine wichtige Grundlage für demokratische Entscheidungen.

Gerade in Zeiten, in denen immer mehr Menschen in Deutschland in wirtschaftliche Not geraten, Computer und Maschinen immer mehr Arbeiten übernehmen, die Presse starken wirtschaftlichen Zwängen ausgesetzt ist, die Gerichtsbarkeit hoffnungslos unterbesetzt ist, in denen die Bundeswehr (die bis heute unter dem Ritterkreuz des Ordus Teutonicus kämpft) den Kreis der demokratischen Bürger, die an Waffen ausgebildet werden immer mehr begrenzt, bei der Polizei eine immer stärkere Reduzierung und damit Auslese stattfindet und der Einfluss von Kapital auf unsere Politik immer stärker wird, ist es

besonders wichtig, die Erinnerung daran wachzuhalten, was in der Vergangenheit geschah um daraus zu lernen. Es ist immer gefährlich, wenn in entscheidenden Gremien oder wichtigen Institutionen nur Wenige die demokratische Basis bilden, denn dann ist es für kleine, entschlossene Gruppen leichter, diese Gremien zu dominieren. Es wäre katastrophal, wenn der Bundesrepublik ein ähnliches Schicksal wie der Weimarer Republik wiederfahren würde, da heute eine sehr effektive Überwachung der Bevölkerung möglich ist.

Der Grüngürtel DU-Nord schadet dem Denkmalschutz, denn er vernichtet mehrere stadtbildprägende städtebauliche Ensembles von Gründerzeithäusern, die in Bruckhausen beidseitig an typischen Gründerzeitstraßen vorhanden sind. Durch den Erhalt dieser Gebäudekomplexe können auch spätere Generationen einen realistischeren Eindruck der Lebensumstände der Gründerzeit nacherleben, als nur beim Anblick einzelner bewahrter oder vielleicht sogar nur dokumentierter Häuser.

Bei der Vorbereitenden Untersuchung sind mehrere stadtbildprägende, über 100 Jahre alte, denkmalwerte Häuser nur als erhaltenswert eingestuft worden. Dadurch hat man ihren Denkmalwert und besonders die Existenz von ganzen stadtbildprägenden, städtebaulichen Ensembles mit denkmalwerten Häusern für den oberflächlichen Betrachter und die Öffentlichkeit kaschiert und wird so die Ensemble Haus für Haus abreißen können.

Die Mehrzahl der Gebäude im Sanierungsgebiet sind im Rahmen der wirtschaftlichen Blütezeit in Preußen zu Anfang des 20. Jahrhunderts, von einem selbstbewussten Bürgertum errichtet worden. Die Häuser, die jetzt abgerissen werden sollen, sind, abgesehen von wahrscheinlich einem Restbauernhof, die ältesten in Bruckhausen, weil die erste Besiedlung entlang der Kaiser-Wilhelm-Straße stattfand. Dies gilt natürlich nicht für die Gebäude, die nach Kriegsschäden neu errichtet wurden.

Die Besiedlung fand keineswegs ungeplant statt, wie von der EGDU behauptet wird, weil für Bruckhausen nachweislich in 1889 aber auch früher Bebauungspläne erstellt wurden und das Straßenraster, abgesehen von der Schulstraße (früher Ruhrorter Straße) und der Kaiser-Wilhelm-Straße im Wesentlichen von West nach Ost und von Nord nach Süd verläuft.

Die ersten Bauten waren noch echte Bürgerhäuser mit hohen Decken und mit Stuckfassaden, die Anfangs noch im Stil der Neurenaissance und danach im Jugendstil ausgeführt wurden.

Dazu zählen auch die Gebäude, die man diesen Monat abreißen will. Das Gebäude am Rand des Heinrichplatzes, die Bayreutherstr. 34A ist dabei selber vom Sanierungsträger als denkmalwert eingestuft worden. Die Häuser Heinrichstr. 15-21, die ebenfalls abgerissen werden sollen, wurden nur als erhaltenswert eingestuft, obwohl sie im gleichen Jahr oder früher entstanden, die gleiche Bauweise haben und ebenfalls mit Stuckfassaden verziert sind. Diese Häuser sind sämtlich denkmalwert und bilden mit den jeweils gegenüberliegenden Häusern ein stadtbildprägendes, erhaltenswertes städtebauliches Ensemble, weil sie auch heute noch einen Straßenzug aus Wilhelminischer Zeit erlebbar machen.

Erst nach 1908 kamen die Gebäude für Verwaltungsbeamte und Vorarbeiter der Gewerkschaft Deutscher Kaiser, die jetzt erhalten bleiben sollen, hinzu. Nach dem 2. Weltkrieg entstanden Arbeiterwohnungen, die vom Stolz der damaligen Arbeiter zeugen, weil auch sie mit damals zeitgenössischer Kunst verziert wurden. Sie sind ebenfalls denkmalwert. Die Ergebnisse zum Denkmalschutz aus der Vorbereitenden Untersuchung sind zu einem großen Teil schlicht falsch.

Gerade in diesem Gebiet kann man noch deutlich die Lebensumstände der Händler, Handwerker und Arbeiter der Gründerzeit und ihre Entwicklung von der Gründerzeit bis heute ablesen und nachempfinden, weil man das reale Erlebnis der Gebäude hat.

Dieses Erlebnis der Geschichte ist nicht zuletzt die Begründung für den Wiederaufbau historischer Gebäude in Berlin mit Millionen öffentlicher Gelder.

Insbesondere die Tatsache, dass viele der Bruckhausener Häuser beide Weltkriege unversehrt überstanden haben, obwohl sie direkt neben kriegswichtiger Industrie lagen, macht sie zu wichtigen Zeitzeugen.

Wir vermuten, dass Deutschlands Kriegsgegner, zumindest im 2. Weltkrieg wussten, dass in Bruckhausen

nicht die Kriegstreiber, sondern notleidende, hart arbeitende Menschen unter einem verbrecherischen System lebten. Leider ist unsere Geschichtsschreibung kaum an diesen Menschen interessiert gewesen und daher konnten wir kaum Aufzeichnungen darüber finden, wer wann welchen Widerstand geleistet hat, dafür unmenschlich hart bestraft wurde und wo seine Familie lebte, aber wir sind sicher, dass eine Reihe davon in den Bruckhausener Häusern lebte, die jetzt abgerissen werden sollen.

Obwohl die Arbeiter Bruckhausen stark geprägt haben und hier immer Unterstützung gefunden haben, war Bruckhausen keine typische Arbeitersiedlung. Es ist anzunehmen, dass in den Wohnungen die besser gebildeten Impulsgeber wohnten.

Bruckhausens Gebäude sind Zeitzeugen für unsere bewegte Geschichte und die Bewohner Bruckhausens haben teilweise unter großen persönlichen Opfern für die demokratischen Freiheiten gekämpft, die wir heute genießen. Impulse für menschengerechte Arbeitsbedingungen, eine demokratische Grundordnung, Frauenrechte, soziale Programme und Naturschutz sind auch von Bruckhausen ausgegangen.

Seit den Anfängen Bruckhausens wurden die Bruckhausener Gebäude in einer Verbindung von Wohnen und Arbeiten genutzt und es lebten mehrere Generationen unter einem Dach.

Das Wirtschaftswunder nach dem zweiten Weltkrieg verdanken wir zu einem Teil auch den Bruckhausenern, die es in den Stollen und an den Hochöfen erwirtschaftet haben und die den Dreck geschluckt haben.

Während seiner gesamten Geschichte war Bruckhausen ein Stadtteil, der überdurchschnittlich viele Migranten aufnahm und mehr oder weniger integrieren konnte.

Sie kennen (hoffentlich) die Faszination, die von den feuerspeienden Schloten in Bruckhausen ausgeht. Die dort überall zu spürende Aktivität im immer noch größten Stahlwerk Europas, mit dem verfüllten Grubenschacht III, den Resten der Kokerei, den modernsten Hochöfen der Welt, dem Stahl- und dem Walzwerk steckt an und motiviert.

Bruckhausen ist im gesamten Ruhrgebiet der letzte Ort, an dem dies erlebbar ist. Um es mit den Worten von Thomas Parent zu sagen:

„...ein Bauensemble von produzierendem Hütten- und Stahlwerk und dazugehöriger Gründerzeit-Stahlstadt. Nur noch an diesem Ort ist im Ruhrgebiet das enge Nebeneinander von montan-industrieller Arbeitswelt und unmittelbar anschließendem Wohngebiet erlebbar. ... Duisburg-Bruckhausen ist eine Geschichtslandschaft von hohem Denkmalwert: Die aufwändig gestalteten Stuckfassaden im Neurenaissance- und Jugendstil erinnern an öffentlichen und privaten Reichtum zu Zeiten früherer Hochkonjunktur. ... Bruckhausen ist fraglos ein hochkarätiges Geschichtsdenkmal und dies gilt für verschiedene Aspekte: Architektur-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte.“

Lassen Sie nicht zu, dass dies alles für eine repräsentative Zufahrt zur Werksverwaltung und deren Vorgartenpark geopfert wird und nur der ThyssenKrupp-Konzern von den Sanierungs-Steuergeldern profitiert. Stellen Sie Bruckhausen unter Denkmalschutz, und sorgen Sie dafür, dass die Duisburger genau so von der Denkmalschutz-Förderung profitieren, wie der ThyssenKrupp-Konzern.

Eine kurze Recherche im Internet mit den Worten „Denkmalschutz“ und „Thyssen“ wird Ihnen zeigen, dass die wirtschaftlichen Vorteile des Denkmalschutzes ein großer Bestandteil des Konzern-Gebäude-Managements sind. Wir haben gehört, dass die TKS zusätzlich zu der alten, jetzt auch die sogenannte neue Hauptverwaltung unter Denkmalschutz stellen lassen will.

**Wir beantragen hiermit die Unterschutzstellung des Sanierungsgebietes als Denkmalschutzbereich nach § 5 des Denkmalschutzgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen, aus den in diesem Schreiben genannten Gründen.**

**Weiter beantragen wir hiermit die vorläufige Unterschutzstellung des Sanierungsgebietes als Denkmalschutzbereich nach § 4 des DschG NRW, damit der für diesen Monat geplante Abriss von denkmalwerter Bausubstanz gestoppt wird.**

Wir berufen uns bei diesen Anträgen auch auf das Washingtoner Abkommen von 1987, also der

internationalen Charta zur Denkmalpflege in historischen Städten und der Rahmenkonvention über den Wert des Kulturerbes für die Gesellschaft (Faro, 27.10. 2005) des Europarates aus den in diesem Schreiben genannten Gründen.

Aber selbst wenn Sie unseren Anträgen nicht entsprechen, dann stoppen Sie bitte vorübergehend den Abriss! Nehmen Sie sich die Zeit, das Grüngürtelkonzept in Ruhe zu prüfen, ohne dass die ThySi-IMs Ihnen ein Konzept durch die Schaffung von Tatsachen aufzwingen.

Wir hoffen, dass so die ThySi-IMs nicht, wie geplant, noch in diesem Monat durch den Abriss denkmalwerter Gebäude, Tatsachen schaffen können, bevor über die Anträge auf Normenkontrolle gegen das Sanierungsverfahren beim Oberverwaltungsgericht Münster entschieden wurde.

Wie stark der Wille, möglichst viel Nicht-Thyssen-Gebäude verschwinden zu lassen, ist, kann man daran erkennen, dass sogar das Haus Bayreuther Str. 34, das ehemalige Restaurant zum Kronprinzen (später zur Klausel), das laut Sanierungssatzung überhaupt nicht abgerissen werden soll, von dem Sanierungsträger angekauft wurde und jetzt doch innerhalb kürzester Zeit zum Abriss vorgesehen worden ist.

Der ThyssenKrupp-Konzern bzw. seine Vorgängerunternehmen hat Bruckhausen seit mehr als 100 Jahren in seinem Würgegriff durch einen Ring von Industrieanlagen rund um Bruckhausen. Diese Industrieanlagen haben sich wie ein Krebsgeschwür durch Zersetzung ihrer benachbarten Wohnbebauung immer weiter ausgebreitet und so den Würgegriff verstärkt. Aber Bruckhausen hat bis heute durchgehalten.

Während der letzten 131 Jahre breitete sich das Hüttenwerk Hamborn immer weiter auf Kosten der Bruckhausener Gebäude und ihrer Bewohner aus: Erst verdrängte man Bauernhöfe und Felder, nach dem zweiten Weltkrieg noch einzelne Wohnhäuser, in den späten 1960er Jahren den ganzen Ortsteil Alsum, der Bruckhausen am Rhein ausmachte, dann wieder einzelne Straßenzüge und Grünflächen.

Und bei jeder Ausbreitung drohte die Obrigkeit damit, für die Hütte zu enteignen, egal ob Kaisertrübe, Weimarer Republikaner, Nationalsozialisten oder Bundesbürger. Die Familie Thyssen achtete immer auf sehr gute Beziehungen zu jeder Regierung, solange diese die Arbeiter nicht zu sehr unterstützte und profitierte davon. So konnte sich die Familie Thyssen trotz Unterstützung der Nationalsozialisten durch Fritz, Stephan und auch Heinrich Thyssen nach dem 2. Weltkrieg auf einen alten Bekannten von August Thyssen senior, Konrad Adenauer verlassen, der mittlerweile Bundeskanzler war. Auch ihre langjährigen Geschäftspartner in den USA werden hilfreich gewesen sein.

Die bis heute sehr preußisch denkenden Industrieführer konnten sich unter vielen Regierungsformen immer wieder durchsetzen. Bisher scheiterte dies nur in wenigen Ausnahmefällen am Widerstand der Bevölkerung. Die letzten uns bekannten Fälle in Bruckhausen gehen auf die sozial geprägten 1970er Jahre zurück.

Damals hatte die Bürgerinitiative BIB, die aus den verdienstvollen Anstrengungen des evangelischen Pfarrers Michael Höhn und seiner Frau Monika Höhn, entstanden ist, eine Reihe von Erfolgen erzielen können, die sich aber erst in den 1980ern gezeigt haben. Sie setzten soziale Programme, verbesserte Umweltbedingungen (Luft und Wasser), Wohnumfeldverbesserungen und eine Bestandsgarantie für Bruckhausen bis ca. ins Jahr 2000 durch. Dank der BIB ist das heutige Bruckhausen wesentlich lebenswerter als noch vor 30 Jahren.

Günter Wallraf schrieb hier sein Buch „Ganz Unten“ und es wurden eine Reihe Filme gedreht.

Ein etwas entfernter aber sehr interessanter Fall ereignete sich in Gelsenkirchen. Dort wollte Thyssen die Ripse-Siedlung abreißen, aber die Bewohner schafften es nach der ersten Besetzung der Häuser auf der Ripshorster Straße in 1981, der Gründung einer Genossenschaft und 20 Jahren Kampf im Jahr 2001 die Häuser mit öffentlichen Mitteln als Genossenschaft selber zu kaufen, zu verwalten und zu erhalten.  
<http://www.riwetho.de/archiv/chronik/neuzeit/200106ankauf/presse.html>

Die CDU wollte 1977 Bruckhausen in 10 Jahren komplett abgerissen haben, doch dies scheitert an der damals sehr aktiven BIB.

1979/1980 führte die Stadt vorbereitende Untersuchungen in Bruckhausen durch, um über eine Sanierung entscheiden zu können. Weder der SPD-Abgeordnete Alfred Bolland noch der CDU-Abgeordnete Dr. Jürgen Kämpgen haben damals die Vorbereitenden Untersuchungen beim Namen genannt und eine umfassende Bürgerbeteiligung war damals ebenfalls nicht gegeben.

1984 folgten dann erste Sanierungsmaßnahmen, es wurde neben Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen in Bruckhausen, auch das sogenannte Dienstleistungszentrum am östlichen Rand des eigentlichen Ortsteils Bruckhausen in der Bauverbotszone der A42 errichtet. Dieses Dienstleistungszentrum zog wesentliche Infrastruktur von der Kaiser-Wilhelm-Straße und dem Ortskern weg an den östlichen Ortsteilrand und hat damit die derzeitige Situation in beiden Lagen mitverschuldet. Auch hat dadurch die Attraktivität des Stadtteils gelitten, weil das Dienstleistungszentrum vom Ortskern her kaum noch fußläufig erreichbar ist.

Die damals geplante Fassadensanierung für Häuser auf der Kaiser-Wilhelm-Straße wurde immer wieder verschoben.

Zusätzlich wurden eine Reihe Häuser käuflich erworben, statt mit dem Geld mehr Häuser zu sanieren.

Bereits damals wurden gerne die schlechten Wohnverhältnisse als offizielle Begründung vorgeschoben. Aber statt diese zu beheben oder ihre Ursache zu beseitigen, wurden die Häuser einfach abgerissen. Die Emissionen der Hütte, die die schlechten Wohnverhältnisse verursacht hatten, konnten sich so nach jedem Abriss auch auf die vor dem Abriss von den niedergrissenen Gebäuden geschützte Bebauung schädigend auswirken.

Heute ist allgemein anerkannt, dass die Flächensanierungen der 1970er Jahre kontraproduktiv waren und viele Kulturgüter zerstört haben. Unsere Gesetze sollten sich in den vergangenen 40 Jahren zum Wohl der Bürger weiterentwickelt haben und die Behörden sollten bürgerfreundlicher sein. Aber vor allem sollte die Verwaltung ihre Aufgaben kostenbewusster ausführen.

Deswegen ist der Grüngürtel auch ein Test für unsere demokratischen Errungenschaften. Können unsere politische Gremien und Gesetze oder die großen Versprechungen Diskriminierungsverbot, Recht auf Menschenwürde, Gleichbehandlung, freier Wahl des Wohnsitzes und Eigentums, oder Umweltschutz, Denkmalschutz, nachhaltige Stadtentwicklung und Informationsfreiheit unser Bruckhausen retten, oder geht es wieder einmal nach dem Willen der Thyinosaurier?

Wie stark ist die Unterwanderung unserer demokratischen Gremien durch ThySi-IMs? Die von den ThySi-IMs angepriesene angeblich erstmalige Partnerschaft von Stadt und privatem Investor zum Stadtbau ist gefährlich für unsere Demokratie, weil sie die in Wahrheit schon oft im Verborgenen praktizierte, unheilvolle Verquickung von Privatinteressen mit Staatsmacht akzeptabel macht und die ThySi-IMs in unseren politischen Gremien dadurch stärkt, dass sie danach ganz offen mit den Geldscheinen ihres Auftraggebers dessen Interessen durchwinken können.

Nachdem die Bestandsgarantie für Bruckhausen ungefähr im Jahr 2000 abgelaufen war, begann eine unheilvolle Entwicklung, die zu dem heutigen Zustand des westlichen Teils von Bruckhausen führte und erst endet, wenn ganz Bruckhausen in den Nießbrauch des ThyssenKrupp-Konzerns gefallen ist. Diese Entwicklung war nicht zufällig, sondern eine bewusste Manipulation durch ThySi-IMs. Die Details dazu würden den Rahmen dieses Schreibens sprengen. Sollten Sie Interesse daran haben, können Sie demnächst mehr dazu auf unseren Internetseiten lesen.

Diese Entwicklung ist zum überwiegenden Teil dem Wirken des Sanierungsträgers, der EGDU Entwicklungsgesellschaft Duisburg GmbH zu verdanken, die sich neben ihrem sozialen Engagement in Bruckhausen seit ca. 20 Jahren dafür bezahlen lässt, dass sie Sanierungsmaßnahmen vorschlägt und ausführt, die Bruckhausen mehr geschadet als geholfen haben.

Wir fordern, dass der EGDU Entwicklungsgesellschaft Duisburg GmbH die Sanierungsträgerschaft entzogen wird, weil sie nachweisbar nicht neutral und nicht kompetent ist. Sie erscheint wie ein Trojaner-Virus, der öffentlich Gutes tut, um im Verborgenen an der Auflösung des Stadtteils arbeiten zu können.

Neben den bereits geschilderten Sanierungsmaßnahmen seit den 1980er Jahren wurde von ihr 2008 der Heinrichplatz umgestaltet. Dabei ist viel Geld für eine kaum erkennbare Verbesserung gezahlt worden. Diese sogenannte Verbesserung bewirkte, dass eine Reihe wunderschöner alter Platanen gefällt wurden und eine mehr als 100 Jahre alte, schöne, ca. 10 m hohe, 8-armige, gusseiserne, wilhelminische, stadtbildprägende Laterne, die früher im Zentrum des Platzes stand, verschwunden ist. Wieder wurde ein Denkmalschutzgrund beseitigt und städtisches Eigentum verschwand spurlos.

Der Sanierungsträger, die EGDU Entwicklungsgesellschaft Duisburg nennt als Gründe für den Grüngürtel unter anderem die Bevölkerungsstruktur und die mangelnde Nachfrage nach Immobilien oder Mietwohnungen in Bruckhausen. Auch hierbei hat man Ihnen nicht die volle Wahrheit berichtet.

Bruckhausen hat einen hohen Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund und von Arbeitslosengeldbeziehern. Deswegen sind die eher kleinen Wohnungen mit günstigen Quadratmetermieten in Bruckhausen sehr nachgefragt. Dies ist auch der Grund, warum Bruckhausen bis zu der Entscheidung, Bruckhausener Häuser für den Grüngürtel abzureißen, Bevölkerungswachstum hatte und eine Reihe Mieter trotz Kündigung durch die Stadt und Umzugspauschale immer noch nicht umgezogen sind.

Wir wissen, dass im Abschlussbericht der Vorbereitenden Untersuchung von Abwanderung gesprochen wird und an diesem Beispiel können Manipulationen nachgewiesen werden. Für den „Abschlussbericht“ hat man den Betrachtungszeitraum so weit in der Vergangenheit beginnen lassen, dass sich eine Abwanderung statistisch darstellen ließ. Hätte man die Bevölkerungsbewegungen zeitnah betrachtet, hätte man zugeben müssen, dass Bruckhausen seit zwei Jahren vor dem Beginn der Vorbereitenden Untersuchung und sogar noch während der Untersuchung Zuwanderung hatte.

Dies und auch die vergleichsweise sehr junge Bevölkerung sind positive Faktoren, die bei der Grüngürtelentscheidung nicht ausreichend abgewogen wurden. Die soziale Bindung dieser jungen Bevölkerung an den Stadtteil hätte berücksichtigt werden und eine gezielte Förderung eingerichtet werden müssen.

Beim Grüngürtel-Projekt handeln die öffentlichen Stellen und besonders die EGDU ganz anders als bisher üblich. Während bisher in deren Publikationen besonders die Probleme und Nachteile des Stadtteils hervorgehoben wurden und die Vorteile verschwiegen wurden, werden beim Grüngürtelprojekt die Nachteile verschwiegen und nur die Vorteile publik gemacht.

Die im ausgewählten Entwurf vorgesehenen, rostigen Stahlwände werden bei Nutzern der Kaiser-Wilhelm-Straße nicht die Bereitschaft wecken oder verstärken, in Bruckhausen zu investieren. Die versprochenen Spielfläche fehlen.

Der Geschäftsführer der EGDU lässt sich gerne in der Dieselstraße fotografieren, wenn über Bruckhausen berichtet wird. Dort kann man bei geschickter Kameraposition ein Motiv mit trostloser Wirkung erzeugen. (Dieselstraße, ungefähr Höhe Bayreuther Straße, nach Westen blickend). Der stillgelegte, vor sich hin rostende Hochofen 4 dominiert das Bild und kreiert die Wirkung. Aber genau dieser Anblick wird nach Fertigstellung des Grüngürtels nicht verbessert, sondern bleibt bestehen und wird sogar auf die Gebiete nördlich und südlich der Dieselstraße ausgedehnt.

**Sie werden die Infrastrukturanalyse 2020 aus September 2006 von Albert Speer & Partners (AS&P) für Duisburg kennen, in der ein dringender Bedarf an kleinen Wohnungen mit normaler Ausstattung und günstigen Mieten für die einkommensschwachen Haushalte in Duisburg, vom Jahr 2015 bis zum Jahr 2035 prognostiziert wird. Genau diese sind in Bruckhausen vorhanden und gehören mittlerweile mehrheitlich der Stadt Duisburg. Statt diese jetzt mit Millionenaufwand abzureißen und durch eine kostspielige Grünfläche zu ersetzen, schlagen wir vor, die Wohnungen im Sanierungsgebiet mit den Sanierungsmitteln zu renovieren, damit Sie bis zum Jahr 2015 weniger Wohnungen teuer neu bauen müssen. Ein Wohnungsneubau muss aus der Stadtkasse gezahlt werden, die Renovierung von Bruckhausener Häusern kann mit Grüngürtelmitteln gezahlt werden.**

Gerade wegen seiner Bevölkerungsstruktur war und ist Bruckhausen ein bevorzugter Ort für die Menschen, die ihre Heimat verlassen, um sich bei uns eine bessere Existenz aufzubauen. Menschen, die

sehr wichtig für unsere Zukunft sind.

Sie bevorzugen Bruckhausen, weil die Bewohner und Vermieter hier toleranter als an anderen Orten und die Mieten niedrig sind. Dies ist leider gleichzeitig für einige Deutsche ein Grund Bruckhausen zu meiden. Aber die wichtigsten Gründe Bruckhausen zu meiden, waren bisher der Anblick des Hüttenwerks, der Lärm und Gestank aus dem Hüttenwerk und die Luftverschmutzung durch das Hüttenwerk. Das war der Hauptgrund für die niedrigen Mieten und auch wegen der niedrigen Mieten ziehen Migranten sowie Arbeitslosengeldbezieher nach Bruckhausen. Diese Spirale führte zu einer mangelnden Durchmischung der Bevölkerungsstruktur, die sich immer weiter verstärkte.

**Sie können die mangelnde Durchmischung mit einem einfachen, für die Stadtkasse gewinnbringenden Beschluss ändern! Stellen Sie das Sanierungsgebiet unter Denkmalschutz und weisen Sie die städtische Immobilienverwaltung an, den verbliebenen Mietern langfristige Mietverträge mit den aktuellen, niedrigen Quadratmetermieten zu geben! Danach vermieten Sie die restlichen renovierten Wohnungen günstig an sozial gefestigte Menschen.**

Um es noch einmal deutlich zu formulieren: Die negativen Rahmenbedingungen des Lärms und der Luftverschmutzung haben sich in der Vergangenheit bereits stark verbessert und sind heute, wegen der Bebauung auf der Kaiser-Wilhelm-Straße und der Straße Kringelkamp kaum noch und nur zeitweise für uns Bewohner spürbar. Sie werden sich aufgrund verschärfter Gesetzgebung in absehbarer Zukunft so weit verbessern, dass sie überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden und das Leben in Bruckhausen nicht gesundheitsschädlicher sein wird, als es in anderen Duisburger Stadtteilen ist.

Bis zu dieser Zukunft können die belastenden Emissionen durch die heute bereits bestehende Barriere in Form der Bebauung an der Kaiser-Wilhelm-Straße und der Straße Kringelkamp von den Bruckhausener Wohnungen ferngehalten werden, während diese Bebauung größtenteils umgenutzt wird.

Auch die anderen vorgeschobenen städtebaulichen Missstände können mit geringem Aufwand behoben werden.

Der bauliche Zustand der Mehrheit der Häuser ist trotz Vandalismus und negativem Erscheinungsbild immer noch gut. Die Angaben der Vorbereitenden Untersuchung sind falsch.

Es ist eine unverschämte Verfälschung der Sachlage, wenn mangelnde Grün- und Freizeitflächen in dem Sanierungsgebiet als Grund für den Grüngürtel angegeben werden. Die Grün- und Freizeitflächen sind fußläufig rund um das Gebiet vorhanden. Davon kann sich jeder mit Hilfe von Satellitenbildern im Internet oder durch einen Spaziergang durch Bruckhausen überzeugen.

Auf unseren Internetseiten [www.gruenguertel.info](http://www.gruenguertel.info) haben wir aktuelle Aufnahmen unseres Bruckhausens, so wie wir es täglich erleben, ins Internet gestellt, weil in der Berichterstattung immer nur trostlose Bilder von Bruckhausen erscheinen. Anhand unserer Bilder können Sie vielleicht nachvollziehen, warum wir uns nicht vertreiben lassen wollen.

Bei einem solchen Spaziergang können Sie sich auch einen Teil der Folgen des Grüngürtelbeschlusses betrachten: Es hat eine starke Abwanderung stattgefunden. Dabei wurden die Mieter mit auf den ersten Blick hoch erscheinenden Summen als Umzugspauschale zum Auszug animiert. Diese tatsächlich geringen Summen waren nach kurzer Zeit verbraucht. Die höhere Quadratmetermiete für die neue Wohnung bleibt aber bestehen. Die Gewerbetreibenden beklagen sich bereits über Umsatzeinbußen, weil viele Menschen weggezogen sind. Die Gewerbetreibenden werden sich auch nicht mehr lange halten können und geschlossene Geschäfte machen einen Stadtteil nicht attraktiver. Es wird massive Probleme mit der Kanalisation geben und die Unterhaltung der Infrastruktur wird mit den wenigen verbliebenen Nutzern nicht mehr begründet werden können.

**Daher bitten wir Sie, jetzt, bevor ein Großteil des Sanierungsgebietes unwiederbringlich zerstört wird, Ihre Informationen kritisch zu prüfen, noch einmal darüber nachzudenken, wie man Bruckhausen kostengünstig und nachhaltig sanieren kann, nachzurechnen, den großflächigen Abriss zu stoppen, das Sanierungsgebiet unter Denkmalschutz zu stellen, Wohnungen zu renovieren und so die Abwanderung, die durch die Grüngürtelpläne, bzw. die Bekanntgabe der Grüngürtelpläne, verursacht wurde, rückgängig zu machen.**

Sollte die Abwanderung nicht gestoppt werden, kann der ThyssenKrupp-Konzern in naher Zukunft das gesamte Gebiet nutzen. Bereits heute „pflegt“ die LBN, ein Pseudonym der ThyssenKrupp Landschaftsbau, die Grünflächen der städtischen Häuser im Sanierungsgebiet.

Die Abwanderung der Mieter setzte die Eigentümer unter massiven wirtschaftlichen Druck, weil die Einnahmen wegbrachen, aber die Kreditraten und die anderen laufenden Kosten weiter bezahlt werden mussten. Wegen der Veränderungs- und Verfügungssperre war es noch nicht einmal möglich, die Häuser für Überbrückungskredite zu beleihen oder für neue Mieter zu renovieren.

Die Eigentümer im Sanierungsgebiet hatten noch einige Monate nach Auszug der Mehrheit ihrer Mieter durchgehalten, aber dann waren sie durch die hohen laufenden Kosten dazu gezwungen, die lächerlich niedrigen Ankaufssummen der Stadt Duisburg zu akzeptieren. Diejenigen, die sich so nicht zwingen ließen, hat man mit einem Umlegungsverfahren, das man zuvor den Betroffenen nicht korrekt erklärt hatte und so fast widerspruchlos durchziehen konnte, in eine Situation gebracht, dass sie am Ende doch zum Verkauf gezwungen sein werden.

Nachdem die Häuser verkauft waren, wurden gerade in den beiden südlichen Wohnblöcken, welche die meisten denkmalwerten Häuser aufweisen, welche die meisten Grün- und Freizeitflächen aufweisen und in denen die meisten Häuser mit sehr guter Bausubstanz stehen, allen verbliebenen Mietern in städtischen Häusern gekündigt. Damit werden die Menschen, die jahrelang den Dreck der Hütte ertragen mussten und teilweise wie zuvor beschrieben in den Nachkriegsjahren Deutschland mit aufgebaut hatten, zu genau dem Zeitpunkt vertrieben, an dem sich nicht nur der Dreck und Lärm aus der Hütte stark reduziert hat, sondern auch das Gebiet mit sehr viel Steuergeld saniert wird. Die Opfer werden bestraft und die Täter profitieren. Ist das das Wohl der Allgemeinheit? Wer hat den größten Nutzen aus dem Grüngürtel?

Jedenfalls nicht diese Mieter, denn Ausweichwohnungen in den städtischen Gebäuden am Rande des zukünftigen Grüngürtels, welche die ThyssenKrupp Immobilien GmbH der Stadt übertragen hatte, hat man ihnen verweigert. Diese sind nach zweieinhalb Jahren Projektlaufzeit leider immer noch nicht renoviert. Von dem Teil der Sanierungsgelder, die für Renovierungen vorgesehen sind, ist bis heute kein Euro von privaten Eigentümern beantragt worden, weil die Bedingungen bewusst unattraktiv gestaltet wurden.

Es wurden also keine zusätzlichen Hausrenovierungen durchgeführt. Die Immeo-Häuser außerhalb des Sanierungsgebietes wurden nur bunt angestrichen, ohne die, bei alten Häusern entscheidende, Wärmedämmung, trotz Energieausweispflicht, vorzunehmen.

Viele Häuser im städtischen Eigentum stehen leer. Die leerstehenden Häuser sind unzureichend gesichert. Die vorhandenen Sicherungen verstärken den Eindruck, dass das Haus aufgegeben wurde und ermuntern dadurch zu Vandalismus. Dieser ist heute im Sanierungsgebiet allgegenwärtig.

Das denkmalwerte Haus Nr. 20 auf der Heinrichstraße mit dem Baujahr 1905 ist bis vor sechs Wochen bewohnt gewesen und erst vor fünf Wochen vom Eigentümer an die Stadt übergeben worden. Der Eigentümer hätte es gerne als Altersversorgung behalten, wohnt aber jetzt nur noch zur Miete und wird sich ein solches Haus nie wieder leisten können. Das Haus hat die letzten 105 Jahre mit zwei Weltkriegen unbeschadet überstanden, aber jetzt hat sich der Zustand des Hauses aufgrund von Plünderung und Vandalismus in den vergangenen fünf Wochen so extrem verschlechtert, dass es heute aussieht, als wäre es jahrelangem Verfall preisgegeben worden.

**Das ist Beschädigung öffentlichen Eigentums. Das sind Ihre Häuser, die man dort bewusst zugrunde richten lässt, damit man sie später ohne Widerspruch abreißen lassen kann.**

**Man schafft dort Tatsachen, ohne dass Sie überhaupt über die Verwendung entschieden haben, ohne dass der Bebauungsplan beschlossen wurde, ohne dass der Flächennutzungsplan geändert wurde und ohne dass die Normenkontrollverfahren entschieden wurden. Wir sind fassungslos angesichts der skrupellosen Rücksichtslosigkeit, mit der hier seitens des Sanierungsträgers und der Sanierungsbehörde ein riesiges Gebiet trotz ernstzunehmender Gegenargumente im Schnellverfahren niedergemacht wird, damit sich nicht doch noch eine vernünftige Lösung durchsetzen kann.**

Der Sanierungsträger hatte seine 20 jährigen, erfolglosen Bemühungen das westliche Bruckhausen zu

sanieren, immer gerne mit den unkooperativen Eigentümern entschuldigt. Jetzt ist er bzw. die Stadt selber zu einem großen Teil der Eigentümer. Es steht eine gigantische Summe für die Sanierung zur Verfügung. Damit kann man Bruckhausen zu einem Vorzeigeprojekt in Sachen Sanierung industrienaher Stadtteile nach modernsten Städtebaumethoden zu machen.

Aber die ThySi-IMs sorgen dafür, dass man eisern am Grüngürtel festhält, obwohl man unsere Argumente seit langem kennt.

Der Grüngürtel ist absolut überdimensioniert für Bruckhausen. Der Meidericher Stadtpark ist nur halb so groß wie der geplante Grüngürtel. Aber Meiderich ist mehrmals so groß wie Bruckhausen.

Diese Überdimensionierung schadet dem Stadtteil, weil Bruckhausen nicht sehr viel mehr Grün- und Freizeitflächen, sondern ein gesundes Verhältnis von Grün- und Freizeitflächen zu Wohn- und Gewerbeflächen in einem guten Zustand benötigt, um nachhaltig bestehen zu können. Der Grüngürtel übersteigert den Anteil der Grün- und Freizeitflächen so stark, dass nicht ausreichend Wohn- und Gewerbeflächen erhalten bleiben. Besonders widersinnig ist der geplante Abriss von Wohnhäusern in Beeck um Gewerbeflächen zu erhalten bei gleichzeitigem Abriss der Wohn- und Geschäftshäuser an der Kaiser-Wilhelm-Straße, die immer schon gewerblich genutzt wurden, um dort ein Landschaftsbauwerk zur Immissionsminderung zu errichten, das tatsächlich die Immissionen erhöhen wird.

Das städtebauliche Gutachten der Innova aus der Deloitte-Gruppe von Juli 2007 gibt unter anderem folgende Empfehlung aus städtebaulicher Sicht: „Es sollte nicht zu einem flächendeckenden Rückbau im gesamten Untersuchungsgebiet kommen, um identitätsstiftende und/oder denkmalwerte Gebäude erhalten zu können, wenn ihre Nachnutzung gesichert und ökonomisch darstellbar ist. Dem Leipziger Leitbild der „perforierten Stadt“ folgend, wird statt einer harten Parkkante eine teilweise aufgelockerte, städtebauliche Kante zum Grüngürtel empfohlen.“ und

„In Bruckhausen sollte das bestehende Siedlungsrastraster im Einklang mit der sozioökonomischen Zielstellung in Teilbereichen erhalten bleiben.“

Aus sozioökonomischer Sicht heißt es: „Vor dem Hintergrund der besonderen Funktion Bruckhausens im gesamtstädtischen Gefüge wird empfohlen, hier den Rückbau im Einklang mit den städtebaulichen Zielen nur eingeschränkt zu realisieren. Ausgehend von der Wohnungsbedarfsprognose dieses Gutachtens unter Punkt 2.2 würde ein totaler Rückbau im Untersuchungsgebiet künftig zu einer geringen Verknappung des Wohnraums führen.“

Die aktuellen Pläne werfen auch folgende Fragen auf:

Wer kann die Grünfläche überhaupt nutzen? Wie viele Menschen haben einen Grund sie zu nutzen und wie viele Menschen werden die Grünfläche aufgrund von fußläufiger Erreichbarkeit, Radwegen, günstigen Bahntickets, Parkplätzen und außergewöhnlichen Attraktionen wahrscheinlich nutzen? Es werden nur wenige sein.

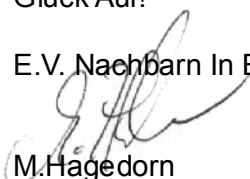
Wie werden sich Spaziergänger, Freizeitsportler, Eltern mit ihren Kindern und andere Menschen wohl verhalten, wenn sie das erste Mal in dem neuen Grüngürtel sind und das Hüttenwerk anfängt zu rumpeln, zu krachen, zu zischen, wenn Sirenen heulen, wenn die Luft nach Schwefeldioxid riecht und sie Hustenreiz bekommen? Sie werden nie wieder dorthin gehen!

Der Grüngürtel wird wie die Wiese zwischen der alten Thyssen-Hauptverwaltung und der sogenannten neuen Thyssen-Hauptverwaltung nicht von Menschen genutzt werden und nur eine nett anzusehende Fläche für diejenigen Anwohner sein, die sie von ihren Häusern aus sehen können, also in erster Linie die Nutzer der sogenannten neuen Thyssen-Verwaltung.

Hören Sie nicht länger auf die ThySi-IMs und vertrauen Sie ihnen nicht. Nehmen Sie sich die Zeit für ein eigenes Urteil und retten Sie unser Bruckhausen vor dem Grüngürtel.

Glück Auf!

E.V. Nachbarn In Bruckhausen-Beeck



M. Hagedorn